

Zur "konkreten Vision einer neuen Weltordnung". Eine kritische Würdigung von Hans Küngs Werk: Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft. München/Zürich 1997

Inhaltsverzeichnis

1. Problemformulierung	2
2. Bestimmung der "konkreten Vision"	2
3. Weltethos und Weltpolitik	3
3.1 Die "alte Realpolitik" im Sinne Hans Morgenthaus.....	4
3.2 Kritik an Morgenthaus "realistischer Politik".....	5
3.3 Der Konflikt zwischen Macht und Moral.....	7
3.4 Das neue Paradigma von Politik: "Politik aus Verantwortung"	9
3.5 Der Modus der "Interessenwahrnehmung"	9
3.6 Der Mittelweg zwischen Realpolitik und Idealpolitik.....	10
3.7 Von der nationalen zur globalen Verantwortung.....	11
3.8 Weltethos als moralischer Minimalkonsens.....	12
3.9 Weltethos und Menschenrechte	13
3.10 Der Kern eines globalen Ethos	15
3.11 Zusammenfassung	15

1. Problemformulierung

Mein Thema lautet: "Zur konkreten Vision einer neuen Weltordnung". Eine kritische Würdigung von Hans Küngs Werk: Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft. Dieses Werk ist als Fortschreibung des Küngschen "Projekt Weltethos", 1. Auflage 1990 gedacht und stellt eine Anwendung und Konkretisierung einer globalen Ethik in zweierlei Hinsicht dar: einmal im Hinblick auf die "Weltpolitik", zum anderen auf die "Weltwirtschaft". Mein Vortrag bezieht sich primär auf das Verhältnis von Weltethos und Weltpolitik.

Im Wochenjournal "Die Zeit" vom 24. November 95 vertritt die frühere Herausgeberin Gräfin Dönhoff die "These": "Niemand hat eine Vision heute. Niemand kann mehr sagen, was werden solle und wo es langgehe. Das geistige Leben ist durch Ratlosigkeit und beklemmende Leere charakterisiert". Mit Verweis auf die Schriften von Aldous Huxleys "Brave New World" und Orwells "1984" fügt sie hinzu: "Heute gibt es auch niemanden, der 'orakelt', welche Entwicklung unsere Zivilisation nehmen werde".

Wem wäre nun aber mit einer weiteren "schwarzen Utopie" oder einem "Angstbild der Zukunft" wirklich geholfen? Den heutigen, der Hoffnung bedürftigen Menschen in der Tat nicht, wie Küng meint. Was allerdings allenthalben fehlt, und damit kommt Küng mit Gräfin Dönhoff überein, ist eine "realistische zukunftsweisende Vision" für die heutige Welt. Ein solche Vision ist aber nach Küng kaum mehr zu erwarten von den Repräsentanten der "Großideologien" der letzten zwei Jahrhunderte. "Attraktive Pseudo-Religionen" hätten ausgedient, "abgewirtschaftet". Dieses Küngsche Verdikt soll sich vor allem gegen die, wie er sagt, "revolutionäre Fortschrittsideologie des Realsozialismus", aber auch gegen die "evolutionär-technologische Fortschrittsideologie des Westens" richten. Angesichts der drängenden Globalen Probleme in ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht sind nach Küng von den überlebten und überforderten "großen Erzählungen" weder zukunftsweisende Impulse noch eine "konstruktive Zukunftsvision" zu erhoffen. Was seinerseits der ehemalige US-Präsident Bush nach dem Zweiten Golfkrieg ankündigte: eine "New World Order", das hat er, wie Küng betont, nicht "im geringsten deutlich machen können".

Für Küng steht die Notwendigkeit einer konkreten globalen Vision angesichts des gegenwärtigen "epochalen Paradigmenwechsel" in der Weltpolitik, der Weltwirtschaft und der Weltkultur fest; notwendig ist "zumindest eine Grundorientierung für die Gegenwart im Blick auf die Zukunft". Ein solche fundamentale Orientierung in Form des theoretisch/praktischen Konstruktes "Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft" will Küng selbst leisten.

2. Bestimmung der "konkreten Vision"

Küng versucht zunächst seinen Untersuchungsgegenstand "konkrete Vision" negativ zu bestimmen, um ihn von dem mit "Utopie" Bezeichneten wohl unterscheiden zu können. Im Unterschied zur "Utopie" referiert die von ihm auszuzeichnende "konkrete Vision" auf "keine hehren Ideen ohne Erdung, keine nur klug erdachten, praktisch aber undurchführbaren Pläne, auf keine schwärmerischen Zukunftsvorstellungen ohne realen Bezug zur Gegenwart, auf keine Programme für Doktrinäre, Phantasten und Moralprediger".

Womit hat es nun aber seine "konkrete Vision" zu tun? Im "Klartext" geht es Küng um eine "Wiederentdeckung und Neubewertung des Ethos in Politik und Wirtschaft", um "Moral im positiven Sinn"; den "Moralismus" als negative Extremposition soll sie meiden.

Ohne in einen Moralismus abgleiten zu wollen, will Küng angesichts der "gesellschaftlichen Orientierungskrise an der Jahrtausendwende" in einem "lernwilligen Dialog mit der Politik- und Wirtschaftswissenschaft" eine "Grundorientierung" in "Form einer realistischen Vision oder Gesamtschau" wagen, die die "Umrisse einer friedlicheren, gerechteren, humaneren Welt zu sichten versucht". Dabei soll nicht ein "regulatives Prinzip", wie "der Staat" oder "der Markt" im Zentrum der Gesamtschau stehen, nicht ein Prinzip, das als unsichtbare oder sichtbare "Hand" alles ordnen soll. Vielmehr soll ein "tragfähiger Zukunftsentwurf" gewagt werden, der im Horizont geschichtlicher Erfahrungen die heutige gesellschaftliche Wirklichkeit reflektiert und sie zugleich transzendiert im Hinblick auf eine relativ bessere Weltordnung.

3. Weltethos und Weltpolitik

Mit Blick auf die Zeit nach dem Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus spricht Küng von einer verpaßten Chance am Ende dieses Jahrhunderts; denn anstelle einer neuen Weltordnung und eines gemeinsamen "Hauses Europa" sei eine "neue Welt-Unordnung" entstanden. Dabei werde anscheinend "Weltpolitik im alten Stil", als knallharte, im wesentlichen "nationalstaatliche Interessenpolitik" betrieben. Sollen wir aber, fragt Küng, nach diesem Jahrhundert der allergrößten Schrecken im 21. Jahrhundert die "alte Realpolitik" so ohne weiteres fortsetzen?

Küng ist nicht willens, aus der Geschichte nicht zu lernen, und analysiert deswegen diachronisch und synchronisch Theorieansätze und relevante geschichtliche Ereignisse im Lichte der "Weltpolitik im alten Stil" vom Beginn der Moderne an. Dabei geht er von der politischen Theorie als "Mechanik der Macht" und den "historischen Erfolgen" des Machtmanagers Henry Kissinger aus, rekurriert dann auf den Staatstheoretiker europäischer Machtpolitik, Niccolò Machia-

velli, die Machtpolitiker Kardinal Richelieu und Metternich und gelangt über den "Prototyp des Realpolitikers" Bismarck und den US-amerikanischen Präsidenten Theodore Roosevelt zu Beginn unseres Jahrhunderts, gelangt schließlich in einer ausführlichen Analyse zu dem US-amerikanischen Politologen und Klassiker des politischen Realismus, Hans J. Morgenthau.

Die Schule dieses sog. "realistischen" Politikansatzes, die das "Politik-Paradigma der Moderne" wesentlich bestimmt hat, konfrontiert Künig mit der Konzeption einer Politik "neuen Stils", der sog. "Ideal-Politik", z.B. im Stile des ehemaligen US-Präsidenten Woodrow Wilsons am Ende des I. Weltkrieges mit seinem 14-Punkte-Friedensprogramm und verteidigt sie gegen den Vorwurf des Moralisierens und eines weltfremden, hoffnungslosen Idealismus und Schwärmertums. Auf diesem Hintergrund entwickelt Künig dann seine eigene nicht uninteressante Politikkonzeption einer globalen Verantwortungsethik.

3.1 Die "alte Realpolitik" im Sinne Hans Morgenthaus

Zunächst stellen wir in Grundzügen die Essenz der "alten Realpolitik" am Beispiel Hans Morgenthaus dar.

Mit seinem 1948 erschienenen Werke "Politics among Nations" wurde Hans Morgenthau zum Klassiker des politischen Realismus. Der Autor geht darin von einer konfliktären Anthropologie bzw. Ontologie aus, wonach die "menschliche Natur", die ganze Welt "ihrem Wesen nach von entgegengesetzten Interessen und von Konflikten zwischen ihnen beherrscht" werde. Ein "fortwährender Kampf ums Dasein" sei die "realistische" Basis für Mensch und Welt. Auf dieser Grundlage nimmt die Politik sieben Charaktere an:

1. Politik, unter ihrem innen- und auch außenpolitischen Aspekt, ist im wesentlichen ein "Kampf um politische Macht" im Sinne der "Herrschaft von Menschen über Menschen".
2. Es gibt drei Grundformen politischen Handelns: die "Machterhaltung", die "Machterweiterung" und die "Machtdemonstration".
3. Das Hauptkriterium der staatlicher Außenpolitik ist das "nationale Interesse". Frieden als Hauptziel eines Staates liefere ihn dem rücksichtslosesten Mitglied der Staatengemeinschaft aus.
4. Der Kampf um die Macht impliziert eine doppelte Möglichkeit: die der "Konkurrenz" oder die der "Abstimmung" der Interessen.
5. Im Falle der Kongruenz der Interessen ist Zusammenarbeit zwischen

den Nationen geboten; im Falle der Interessenskollisionen werden Rivalitäten und Konflikte zwischen ihnen unerläßlich.

6. Ein Krieg aller gegen alle soll in der internationalen Arena vermieden werden. Dazu ist eine kompetente Diplomatie notwendig, die den Kampf um die Macht aufgrund realistischer Einschätzung der eigenen und fremden Interessenlage führt und in kluger Weise immer wieder auf eine "Balance of Power" hinarbeitet.

Schließlich soll der Frieden als ein "Nebenprodukt von Stabilität und Gleichgewicht in den Machtbeziehungen der Völker", so es möglich erscheint, durch Diplomatie sichergestellt werden; andernfalls ist zu seiner Durchsetzung die Androhung von Gewalt notwendig.

Morgenthau's "realistischer" Ansatz dreht sich vor allem um die eine Hauptkategorie: das "nationale Interesse" bzw. die "nationale Sicherheit". Unter diesem Titel haben die USA eine "wenig skrupulöse Machtpolitik" getrieben, betont Küng: "Staatsstreich in Chile; Intervention in Grenada, politische Morde in Guatemala, Verminung der Häfen Nicaraguas, Bombardierung Panamas" etc.

3.2 Kritik an Morgenthau's "realistischer Politik"

Küng's Kritik an Morgenthau's "realistischer Politik"-Konzeption, insbesondere dem "Zentralbegriff des 'nationalen Interesses'" als Inhalt von politischer Macht wird im wesentlichen von uns geteilt; sie läßt sich in folgender Weise akzentuieren:

Zunächst: Die Verabsolutierung des Machtstrebens als allgemeine Qualität der Menschennatur und Selbstzweck blendet andere Eigenschaften des Menschen aus, die dafür verantwortlich sind, daß nicht Krieg zwischen den Nationen ständig herrsche.

Zum anderen suggeriert der Ausdruck "nationales Interesse" Klarheit; jedoch "weiß man eher, wogegen er gerichtet ist, als was seinen positiven Inhalt ausmacht".

Ferner werden in der realistischen Theorie - ohne sie analytisch zu differenzieren - die deskriptive und präskriptiv/normative Ebene miteinander vermischt.

4. bleibt unklar, ob das "nationale Interesse" identisch ist mit dem "Interesse einer Nation", d.h. des "ganzen Volkes" oder lediglich mit dem "Interesse des Staates" im Sinne seiner Machthaber als Träger der Außenpolitik. Oder wie verhält und verträgt sich das "nationale Interesse" einer äußeren Machtpolitik mit dem sog. "öffentlichen Interesse" im Sinne einer innenpolitischen Reformpolitik.

5. Es besteht der begründete Verdacht, daß sich hinter der Rede von dem nationalen Interesse sehr oft die Interessen einer bestimmten sozialen Klasse, einer Partei oder auch "pressure group" steckt. (Es ist zu bezweifeln, daß alles, was für die United Fruit Company oder General Motor gut ist, auch gut für die Vereinigten Staaten ist.)

6. Es dürfte weder moralisch noch rechtlich legitim sein, daß eine nationale Regierung im "nationalen Interesse" sich grundsätzlich "über die Interessen einer anderen Nation oder gar die der Völkergemeinschaft" hinwegsetzen kann.

7. Eine Politik, verkürzt auf das nationale Interesse, dürfte für die wachsenden Probleme der Ökonomie und Ökologie wohl kaum eine zukunftsweisende Parole und Metapher sein.

8. Auch die Herkunft der Machtpolitik-Theorie spricht nicht für ihre Zukunft. Mehr als jedem anderen verdankt Morgenthau grundlegende Einsichten seiner "Machtpolitik-Theorie" dem Philosophen Friedrich Nietzsche, dem "Gott", wie er sagt, "meiner Jugend".

Von seinem "geistigen Vater" Nietzsche ist Morgenthau besonders in zweifacher Weise beeinflusst worden. Zum einen identifizierte Nietzsche - als scharfer Beobachter und Analytiker einer "Psychologie des Machttriebs" - im Rahmen seiner Durchforschung des Unbewußten - im metaphysischen "Willen zur Macht" den Grundtrieb des Menschen. Hinter den Idealen der Moral, Religion und Metaphysik, darin stimmt Morgenthau mit seinem Meister überein, verbergen sich Motive und Triebe, die sich alle auf den "Willen zur Macht" reduzieren lassen.

Zu anderen lehrt Nietzsche Morgenthau, die Macht ("power) im allerweitesten Sinne als Lebenskraft und "Urfaktum der Geschichte" verstehen. Dabei sei das Leben selbst ein ständiger Kampf um Macherhaltung, Machtvermehrung und Machtprestige. Hinter aller Moral verbürgen sich primär (Macht-)Interessen.

9. Kung hat Recht, wenn er an Morgenthaus Machtpolitik-Theorie nicht dessen Herausarbeitung von Macht und Interesse als Determinanten von Politik kritisieren will; vielmehr soll seine Kritik an Morgenthau abzielen auf das Nietzsesche Erbe jener "durchgängigen Abwertung, Relativierung und politischen Unterordnung der Moral", die allgemein verpflichtende moralische Werte prinzipiell als "abstrakt" denunziert und politische Moral als grundsätzlich "unrealistisch" abqualifiziert und kaum allgemeine sittliche Grundsätze anzuerkennen scheint.

10. wirft Morgenthau Unterordnung der Moral unter die Politik nach Kung die Frage nach dem Charakter der "Eigengesetzlichkeit" der Politik auf. Wenn das am nationalen Interesse orientierte politische Machtmanagement als, was Morgenthau fordert, ein absolut

eigensinniges System verstanden werden soll, dann erheben sich eine Reihe gravierender Fragen an seine Politik-Theorie.

Erste Frage: Ist nicht die Eigengesetzlichkeit der Politik in einem "relativen" Sinne zu verstehen, so daß eine Bezug zur Moral prinzipiell mindestens als möglich erscheint?

Zweitens: Wenn die relative Eigengesetzlichkeit zuträfe, dann gäbe es keinen absoluten Graben zwischen einem Denken in den Kategorien eines als Macht verstandenen Interesses einerseits und einem Denken in Kategorien der Übereinstimmung des Handelns mit moralischen Grundsätzen andererseits. Politisches Handeln hätte dann nicht nur den Nutzen von Handlungen für und ihre Wirkung auf die Macht des Staates zu reflektieren, sondern zugleich auch deren moralische Legitimität zu bedenken. Jedenfalls moralisches Argumentieren in der Politik wäre dann auch nicht grundsätzlich als Moralisieren abzuqualifizieren.

Drittens kann die relative Eigengesetzlichkeit der Politik, verstanden als Machtinteresse, u.E. nicht apriori bedeuten, daß die Maßstäbe der Moral, aber auch des Rechtes denen des Politik unterzuordnen seien. Mit solcher Unterordnung könnten unter Umständen Krieg, aber auch tyrannische und terroristische Herrschaft als gut und nützlich für die Nation durch die politische Klasse gerechtfertigt werden.

Vierte Frage: Dürfte nicht mit einer primär am nationalen Interesse betriebenen Außenpolitik jene "soziale Insensibilität für ihre innenpolitischen Folgen" zusammenhängen, die sich bis hin zu Kissinger in den USA findet?

Was Küng an Morgenthau's Machtpolitik-Konzeption nicht zuletzt kritisiert, ist die fehlende "Synthese" von Politik und Ethik. In dieser Hinsicht stimmt er mit britischen Politologen Edward Hallet Carr überein, der über die "Moral in der Neuen Internationalen Ordnung" reflektiert: "Wenn es wie immer utopisch ist, das Element Macht zu ignorieren, so ist auch eine unreaale Art von Realismus, das Element Moral in jeglicher Weltordnung zu ignorieren. Gerade wie innerhalb des Staates jede Regierung, obgleich sie Macht als eine Grundlage ihrer Autorität braucht, auch die moralische Grundlage des Konsenses der Regierten braucht, so kann eine internationale Ordnung nicht auf Macht allein gegründet sein, aus dem einfachen Grund, weil die Menschheit auf lange Sicht immer gegen nackte Macht revoltieren wird. Jede internationale Ordnung setzt ein substantielles Maß an allgemeinem Konsens voraus."

Aufgrund all dieser Einwände und angesichts der Notwendigkeit einer besseren Weltordnung ist zu bezweifeln, ob die sog. realistische Theorie der Politik als Machtmanagement hinreicht, die internationalen Beziehungen zu klären und friedlicher zu gestalten. Die

realistische Theorie kann nicht - darin ist Küng zuzustimmen - als eine "problem-solving theory" der Weltpolitik verstanden werden.

3.3 Der Konflikt zwischen Macht und Moral

Es gibt nicht wenige Menschen, nicht nur Machiavellisten unter den Politikern, die meinen, daß die Moral bei einer möglichen Kollision mit der Macht von vornherein auf verlorenem Posten stehe. Sie betrachten jemanden, der die Politik rein auf Interessen aufbaut als einen kühlen und intelligenten Strategen, während sie denjenigen, der die Einhaltung gewisser humaner Werte auch in der Außenpolitik fordert, für einen naiven Prediger oder Propheten halten. Grundsätzlich sind sie der Meinung, daß sich Politik und Moral in der Regel nur so lange vertragen, wie keine gewichtigen Interessen, insbesondere ökonomischen tangiert werden.

Bei der "schwierigen Problematik" Macht und Moral geht Küng davon aus, daß die Wertung der Macht in der Politik vom Menschenbild abhängt. Unter Macht versteht Küng zunächst im Sinne der klassischen Formulierung von Max Weber, die Chance, über etwas anderes, Menschen oder Verhältnisse, zu bestimmen. Insofern der Mensch nun nach Küng eine "komplexes, ambivalentes Wesen" ist, das zwischen Vernunft und Unvernunft, Egoismus und Tugend oszilliert, weiß er auch die Macht recht oder schlecht zu gebrauchen. Macht und Machtpolitik haben teil am ambivalenten Charakter menschlicher Natur: Menschen können Macht gut, human anwenden zum Wohle ihrer Mit- und Umwelt anwenden. Auf diesem anthropologischen Grunde eröffnet sich die prinzipielle Möglichkeit einer Friedenspolitik. Die Macht des Mensch kann aber auch inhuman und schlecht zum Schaden ihrer Mit- und Umwelt eingesetzt werden. Da eine Machtpolitik vielfach üblich ist, sind die geschichtlichen Anstrengungen der Menschen enorm gewesen, dem Machtmißbrauch insbesondere der politischen Klasse entgegenzuwirken.

Im Anschluß an den Schweizer Politologen Alois Riklin nennt Küng sechs geschichtliche Regulierungsmodi der Macht, die als normative Institutionen bis heute bedeutsam geblieben sind:

die Machtbändigung durch Verfassungen und Gesetze;

die Machtteilung durch eine Mischverfassung oder Gewaltenteilung.

Macht wird beschränkt durch "unveräußerliche Grundrechte".

Viertens soll Macht gemäßigt werden durch das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel.

Ferner wird Macht moderiert durch die Machtbeteiligung der

Machtunterworfenen.

Schließlich findet ein Machtausgleich durch Verminderung des Machtgefälles statt.

All diese Modi der Machtregulierung haben auch mittelbar Bedeutung für die Außenpolitik und Weltpolitik.

Zwischen Politik und Moral besteht nach Küng eine "unaufhebbares Spannungsverhältnis". Er geht davon aus, daß die realistische Position einen nicht aufgebaren Wahrheitskern hat. Das sollten die Vertreter der sog. "idealistischen" Politikkonzeption beachten. Eine vollständige Unterstellung der Politik unter die Ethik wird der relativen Eigengesetzlichkeit der Politik nicht gerecht und mündet in einen irrationalen Utopismus. Angesichts "moralisch" vorgeschobener Kreuzugspolitik und ihrer Exzesse ist "nüchterne Sachlichkeit" notwendig, d.h. im Sinne Künigs, das Interessen- und Machtkalkül der international Agierenden muß in einer kritischen Analyse berücksichtigt werden.

Andererseits sollten die sog. "Realisten" nicht übersehen, wohin die Abkoppelung der Politik von der Moral führe: in einen "Amoralismus", der Werte, Ideale und Maßstäbe vernachlässigt.

Für die Politik-Wissenschaft gilt nach Küng: Realistisch hat sie die "ambivalente Realität des Menschen und seiner Welt" zu beschreiben. Doch darf sie nicht die davon analytisch unterschiedene Theorie-Ebene des Sein-Sollens vernachlässigen: "die Humanität des Menschen und die großen unausgeschöpften Möglichkeiten des Menschseins zur Macht. Dabei sei die Humanität als Gipfelpunkt der Moralität "oberster Maßstab auch des politischen Handelns".

Der Politik muß ein durch die Humanität begrenztes Maß an "Autonomie" zugesprochen werden. Politik erschöpft sich nach Küng nicht in der Beachtung ökonomischen Gesetzmäßigkeiten oder Zwängen oder einer wissenschaftlichen Logik; noch ist sie moralischen oder rechtlichen Normen "total unterworfen". Eine Politik in der Sicht der verabsolutierten Determination von Ökonomen oder Szientisten hält Küng für ebenso falsch wie die der Moralisten und Legalisten.

3.4 Das neue Paradigma von Politik: "Politik aus Verantwortung"

Worum es Küng geht ist ein "neues ethisch bestimmtes, humanes Paradigma von Politik", eine "Politik aus Verantwortung", deren Konstitution von der realistischen Schule nicht geleistet werden kann.

Die von Küng erstellte Verantwortungsethik will sich weder auf der Linie der Realpolitik im Sinne Morgenthau/Kissingers bewegen noch auf der Linie der Idealpolitik im Sinne Wilsons. Das "neue Paradigma von Politik" soll "nüchterne Interessenwahrnehmung und ethische Grundorientierung" verknüpfen. Seine Darstellung soll sich vor allem auf die "ethische Grundstruktur" des neuen Politik-Paradigmas konzentrieren.

3.5 Der Modus der "Interessenwahrnehmung"

Das in der realistischen Konzeption reflektierte Politik-"Paradigma der Moderne" stellte seit Richelieu unter dem Titel "Staatsräson" auf "systematische Machtervermehrung" ab. Das bedeutete eine "imperialistische Politik" unter Wahrnehmung militärischer, wirtschaftlicher und kultureller Methoden; diese expansive Politik ging auf Kosten anderer und gefährdete zwangsläufig Frieden und Stabilität und gipfelte in zwei Weltkriegen. Eine solche Politik "imperialistischer Machtvermehrung" hat keinen Platz im "nach-modernen Paradigma".

Anders verhalte es sich mit der "Politik des Status quo", einer Politik der "Machterhaltung". Eine solche Politik hält Küng grundsätzlich für sinnvoll, mit einer Einschränkung. Diese Politik sollte nicht wie im früheren Ost-West-Konflikt auf gegenseitiger Abschreckung beruhen, für die alle Akteure mit kostspieliger Aufrüstung und Ressourcenvergeudung bezahlen müßten. Anstelle eines "prekären Gleichgewichts der Mächte" sollte vielmehr eine "Ausgleich der Interessen" treten. Gerade da es auf einen Ausgleich der Interessen ankommt und die politisch-wirtschaftliche Interdependenz eine unvergleichlich größere Rolle spielt, müssen alle Interessen differenziert geltend gemacht werden können.

Allerdings ist die Bestimmung der Interessen, insbesondere des sog. "nationalen Interesses" viel schwieriger als Morgenthau es annahm. Geschichtliche Erfahrungen haben gezeigt, daß das nationale Interesse mit der Zeit sich verändert, jedenfalls keine politische Konstante darstellt. So können aus Feinden Freunde werden oder umgekehrt. Paraphrasierungen der Leerformel "nationales Interesse" durch "aufgeklärtes" Selbstinteresse" und Unterscheidungen wie "vitale" und "nichtvitale Interessen" entbehren klarer und eindeutiger Kriterien.

Dabei schwankt die inhaltliche Bestimmung des nationalen Interesses zwischen einem Maximum und Minimum. Einige Staaten, insbesondere die USA, neuerdings in der Tendenz auch wieder Deutschland, erklären "alles Mögliche" von der Rohstoffzufuhr über Auslandsbasen und das Kräftegleichgewicht bis zur Einführung der westlichen repräsentativen Demokratie in aller Welt zum nationalen Interesse.

Andere Staaten beschränken sich dagegen auf das Notwendige, womit sie die Erhaltung der Nation meinen, ihre territoriale Integrität, politische Unabhängigkeit, die Aufrechterhaltung ihrer fundamentalen staatlichen Institutionen und ökonomisches Wohlergehen.

Die unterschiedliche Interpretation von Interessen in der Politik sei es als subjektive, sei es als objektive Entitäten hat manche Politikwissenschaftler dazu veranlaßt, den Ausdruck "Interessen" als undefinierbaren und unpraktikablen Begriff aufzugeben. Anstelle den Begriff zu eliminieren schlägt zurecht Küng vor, ihn in dreifacher Weise zu "differenzieren".

Zum einen können Interessen nicht als reine subjektive ideelle Entitäten bestimmt werden; denn sie haben einen "Anhalt in der politischen Wirklichkeit". Mit ihrem fundamentum in rebus referieren sie z.B. auf die geopolitische Lage eines Landes, auf gewisse Rohstoffvorkommen etc.

Andererseits unterliegen sie zugleich auch der "subjektiven Einschätzung". Von daher sind sie nur in begrenztem Maße exakt kalkulierbar, exakt quantifizierbar.

In der heutigen Epoche eines wachsenden Multilateralismus, einer wachsenden Interdependenz auf dem Gebiet wirtschaftlicher Integration und auf dem Gebiet der gouvernementalen und nicht gouvernementalen supra- und internationalen Organisationen sind zum anderen die nationalen Interessen bestenfalls in einem höchstkomplexen Verfahren einigermaßen "objektiv" zu bestimmen, und zwar jeweils geschichtlich neu. Höchstens können Kern-Elemente, d.h. große Allgemeinheiten des nationalen Interesses, bestimmt werden.

3. sind die nationalen Interessen moralisch zu verantworten, nicht nur in enger Kabinettsrunde der direkt für die Politik Verantwortlichen, sondern via Medien vor dem Forum der Nation und gegebenenfalls der Nationen.

3.6 Der Mittelweg zwischen Realpolitik und Idealpolitik

Küng vertritt einen "Mittelweg zwischen Realpolitik und Idealpolitik". Es ist dies der Weg einer Politik im Sinne der Verantwortungsethik auf der Linie von Max Weber und Hans Jonas. Im Hinblick auf die Außenpolitik impliziert dies zwei negative Abgrenzungen. Erstens ist für eine neue Weltordnung die bloße Erfolgsethik der Realpolitiker nicht tauglich, für die der politische Zweck alle Mittel einschließlich Betrug, Verrat, politischen Mord und Krieg "heiligt". Aber weder Diplomatie, Geheimdienste oder die Polizei

stehen über Moral und Recht.

Andererseits ist für eine neue Weltordnung auch die bloße Gesinnungsethik der Idealpolitiker nicht tauglich, für die eine reine moralische Motivation und der gute Zweck, z.B. Menschenrechte und die nationale Einheit ausreicht, die aber die realen Machtverhältnisse, die konkrete Durchsetzbarkeit und mögliche negative Folgen allzu wenig berücksichtigen. Zur Kunst der Politik zählt die Abschätzung nicht nur der beabsichtigten, sondern auch der unbeabsichtigten, oft höchst schwerwiegenden Nebenfolgen. Da es nicht nur auf die Motive, sondern auch auf die Resultate ankommt, ist die politische Verantwortungsethik nicht nur eine institutionsorientierte, sondern zugleich auch wesentlich eine "resultatsorientierte Ethik".

3.7 Von der nationalen zur globalen Verantwortung

Hatte noch Max Weber seine politische Verantwortungsethik für den engen nationalen Rahmen formuliert, so ist sie heute - in einer Epoche der kritisch gewordenen nicht mehr eurozentrischen Nach-Moderne - im "globalen Kontext" zu reflektieren. Dabei hat die immens gewachsene wissenschaftliche-technologische Macht des Menschen auch eine immens gewachsene moralische Verantwortung mit sich gebracht. Wenn es charakteristisch ist für die Nach-Moderne, daß die zusammengewachsene Menschheit zum ersten Mal in ihrer Geschichte ihren Untergang selbst produzieren kann, dann ist, wie Küng mit H. Jonas postuliert, eine "wahrhaft globale Verantwortung" notwendig, die sich auf die gesamte Bio-, Litho-, Hydro- und Atmosphäre bezieht: eine Verantwortung für Mitwelt, Umwelt und Nachwelt angesichts der gefährdeten Zukunft der Menschheit.

Eine Politik, die in der Perspektive dieser "Weltinnenpolitik" es unterließe zu fragen, unter welchen Grundbedingungen die Menschen auf einer bewohnbaren Erde überleben und ihr gesellschaftliches Leben human gestalten können, würde ihr Ziel verfehlen und wäre keine Hilfe, die Menschheit ins dritte Jahrtausend hinüberzuretten.

Küngs Verantwortungsethik als Synthese von institutionsorientierter und resultatsorientierter politischer Ethik soll auch eine personenorientierte Ethik einschließen, eine Art "Politikerspiegel" nach Vorbild einstiger Fürstenspiegel. Angesichts des Konflikts von moralischen Standards und politischem Erfolg, versucht Küng einige "antimachiavellistische Ratschläge" nicht nur für Politiker zu geben.

Erstens sei ein pauschaler "Berufspessimismus" gegenüber Politikern fehl am Platze.

Zweitens darf die Gesellschaft den Politikern keine "Sondermoral" zu billigen, die es ihnen gestattet, ihre Mitbürger oder Vertreter anderer Staaten, wenn nun einmal "notwendig", zu belügen, zu betrügen, Gegenspieler zu liquidieren oder selbst korrupt zu sein.

Nach Küng bedeutet es eine Gefahr für die Demokratie, die Moralität des Staates abzukoppeln von der Moralität des Individuums. Denn es gibt nur das eine ungeteilte Ethos, so daß für die Staaten die gleichen ethischen Maßstäbe gelten wie für die Individuen.

Drittens plädiert Küngs politische Ethik für einen "Mittelweg der verantworteten Vernunft"; diese bewegt sich einerseits zwischen einem "unverantwortlichen Machiavellismus und Libertinismus", der auf moralischen Grundsätze, Maßstäbe und Maximen meint verzichten zu können, und sich einfach an gegebenen wechselnden Situationen orientiert, und andererseits einem "unvernünftigen Legalismus und Dogmatismus", für den moralische Normen unfehlbare, ausnahmslose und unter allen Umständen, in jeder Situation bedingungslos geltende Richtlinien sind. Fern von jedem moralischen "Rigorismus" soll sich der Verantwortungsethiker weder an eine unflexible "doktrinaire Thetik" noch an eine "gewiefte clevere Taktik" halten; vielmehr soll er sich an einer "Gewissensverpflichtung" orientieren, die nicht auf das abstrakt Gute und Richtige zielt, sondern auf das konkret Richtige, eben gerade das einer bestimmten Situation Angemessene, in dem sich eine allgemein normative Konstante mit einer besonderen situationsabhängigen Variablen verbindet.

3.8 Weltethos als moralischer Minimalkonsens

Nach Küng wird es keine neue Weltordnung geben ohne ein neues Weltethos. Dabei soll "Weltethos" keine "einzige Weltkultur" meinen, sondern ein globales Ethos als ein "notwendiges Minimum gemeinsamer humaner Werte, Maßstäbe und Grundhaltungen". In diesem Sinne soll das Weltethos einen "Grundkonsens" bezeichnen im Hinblick eben auf verbindliche Werte, unwiderrufliche Maßstäbe und Grundhaltungen, die von allen Menschen, seien sie religiös oder nicht, mitgetragen werden können. Der Konsens meint keinen moralischer "Total-", sondern einen "moralischen Minimalkonsens".

Ausgangspunkt des Küngschen Weltethos soll keine Theorie sein, sondern ein durch die Medien vermitteltes emotionales "Faktum", die gegenwärtige Empörung der ganzen Welt über bestimmte lokale, die Wahrheit und Gerechtigkeit mit Füßen tretender Ereignisse, in welchen Hauptstädten der Erde auch immer. In diesem Phänomen identifiziert Küng eine "Gemeinsamkeit elementarer Wertungen" und spricht hier mit dem Kommunitaristen Michael Walzer von einer

"problemlosen Aufgeschlossenheit und Übereinstimmung für die Werte 'Wahrheit' und 'Gerechtigkeit'" seitens einer Vielzahl Medien rezipierender Menschen. Indem sich Menschen im Geiste mit den für Wahrheit und Gerechtigkeit Protestierenden identifizieren, besteht die Chance, daß sich über alle nationalen, kulturellen und religiösen Grenzen hinweg eine internationale Solidarität bildet.

Gegenüber allem regionalistisch-relativistischen Bestreitern von allgemeinen Wertvorstellungen und moralischen Ansprüchen sieht sich Küng aufgrund des tatsächlichen moralischen Faktums darin bestätigt, daß es so etwas wie eine "Kernmoral", einen ganzen Bündel elementarer moralischer Standards gibt, die, in den verschiedenen Kulturen inhaltlich angereichert, als "differenzierte" Moral erscheint.

Im Hinblick auf die elementare Moral, auf nur einige fundamentale Forderungen, ist nach Küng ein globaler Konsens in Form eines "moralischen Minimalismus" möglich. Im Hinblick aber auf die kulturell differenzierte Moral, die notwendig zahlreiche besondere kulturelle Elemente enthält, dürfte ein Konsens nicht nötig zu sein. Bei umstrittenen konkreten Problemen der Moral, z.B. der Abtreibung, sollten, anders als es der "Kulturimperialismus" tut, keine gleichmachenden Forderungen an andere Nationen und Kulturen nach gleicher moralischer Praxis erhoben werden.

Ein ethischer Konsens konstituiert die für die gegenwärtige plurale Gesellschaft in der Welt notwendige Übereinstimmung in grundlegenden moralischen Standards, die trotz aller Unterschiede der politischen, sozialen oder religiösen Richtungen als kleinstmögliche Grundlage für menschliches Zusammenleben und gemeinsames Handeln dienen kann.

Zum elementaren Bestand der Moral gehören nach Küng in erster Annäherung nicht nur die Idee der Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern auch die "elementare Menschlichkeit", gerade dann, wenn wir nicht nur auf die lokalen und partikularen Situationen referieren, sondern vor allem auf die "Menschheit". Dem Inhalt des minimalen Konsenses zugehörig ist auch die "Goldene Regel der Menschlichkeit", die sowohl der ethisch-philosophischen Tradition der Menschheit als auch der moralischen Überlieferung der großen Religionen entstammt.

3.9 Weltethos und Menschenrechte

Küings konkrete Vision einer neuen Weltordnung zielt auf ein universelles elementares Weltethos, das sich national und transkulturell weiter ethisch ausdifferenziert. Aber kann man dies nicht auch und plausibler aufgrund transnationaler und transkultureller, an den Menschenrechten und am Völkerrecht orientierten Rechtsstrukturen erreichen. Sollte man nicht eher ein für die ganze Menschheit

gültiges Menschheitsethos aufgrund der deklarierten Menschenrechte und des fixierten Völkerrechts entwickelt? Zur Beantwortung der Frage stellt Küng eine Reflexion über das Verhältnis von Recht und Ethos bzw. Sitten an. Einerseits sind beide vielfach aufeinander bezogen, insofern die Entstehung, die Existenz und die Anwendung von Recht schon ein Ethos voraussetzt. Andererseits erschöpft sich aber das Ethos gerade nicht im Recht.

Der grundsätzliche Unterschied der Ebenen von Recht und Ethos hat eine erhebliche Bedeutung gerade für den Charakter der Menschenrechte. Zunächst haben die Menschen fundamentale Rechte, wie sie in den Menschenrechtsdeklarationen formuliert worden sind. Diesen Menschenrechten entsprechen Pflichten des Staates und der Bürger, diese zu respektieren und zu schützen. Dabei handelt es sich um "rechtliche Pflichten", die sich auf der Ebene des Rechts, der Gesetze, der Justiz und der Polizei befinden. Das heißt aber, daß das äußere gesetzeskonforme, legale Verhalten überprüfbar, das Recht im Prinzip einklagbar und notfalls erzwingbar ist.

Die Menschen haben aber nach Küng zugleich auch sog. "originäre moralische Pflichten" haben. Diese sollen nicht in irgendwelchen Rechten gründen, sondern zugleich mit dem "Personensein" der Menschen gegeben sein, oder, wie Küng auch sagt, sollen aus der kontrafaktischen "ethischen Vernunft" folgen, die die Menschen zu "moralischem Handeln anhält und nötigt". Es sind dies juristisch nicht fixierte moralische Pflichten, und Küng bewegt sich damit auf der "Ebene des Ethos, der Sitten, des Gewissens, des 'Herzens'". Das heißt aber: Da die innere, moralisch gute Gesinnung nicht überprüfbar ist, ist sie auch nicht einklagbar und auch nicht erzwingbar.

Küngs Fazit zum Verhältnis Weltethos und Menschenrechte lautet: Allein aus den deklarierten und juristisch fixierten Menschenrechten, wie grundlegend sie auch immer für den Menschen sind, läßt sich kein umfassendes Menschheitsethos ableiten, das nach Küng wesentlich auch vorrechtliche Pflichten des Menschen umfassen muß. Vor jeder juristischen Fixierung und staatlichen Gesetzgebung gibt es, so betont Küng, die sittliche Eigenständigkeit und bewußte Eigenverantwortung des einzelnen Menschen, mit der nicht nur elementare Rechte, sondern auch elementare Pflichten originärer Art verbunden sein sollen.

Die Unterscheidung von Recht und Ethos zeitigt bei Küng schwerwiegende Konsequenzen. Da beide apriori nicht zusammenfallen und in Widerspruch geraten können, funktioniert nicht selten das Recht nicht, was gerade für die Politik gilt. Die Realisierung des fundamentalen Völkerrechtsprinzips "Verträge sind zu halten" hängt nicht zuletzt auch vom moralischen Willen der Vertragspartner ab. Es genügt schon die geheime Hinzufügung "rebus sic stantibus", damit auch das feierlichste Vertragswerk auf Sand gebaut und bei geänderter Situation einseitig als nicht mehr gültig erklärt werden kann.

Entsprechend dem lateinischen Diktum "Quid leges sine moribus" nützen alle Gesetze nichts, wenn keine Sitten, keine sittliche Gesinnung, keine Gewissensverpflichtung dahinter steht. Darum braucht das Recht, ein "moralisches Fundament". Im Hinblick auf eine neue Weltordnung soll das bedeuten:

1. Eine neue Weltordnung kann mit Gesetzen, Konventionen und Verordnungen allein nicht aufgebaut oder erzwungen werden.
2. Der Einsatz für Menschenrechte setzt ein Bewußtsein für Verantwortung und Pflichten voraus, wofür gleichzeitig Kopf und Herz der Menschen angesprochen werden müssen.
3. Das Recht hat ohne Ethos dauerhaft keinen Bestand, und es soll deshalb keine neue Weltordnung geben ohne ein Weltethos.

So gesehen, bezeichnet also das Künigsche Weltethos den kollektiven "Grundkonsens bezüglich bestehender verbindender Werte, unverrückbarer Maßstäbe und persönlicher Grundhaltungen"; ohne ein Weltethos drohten jeder Gemeinschaft früher oder später anarchische Zustände oder eine neue Diktatur.

3.10 Der Kern eines globalen Ethos

Die elementarsten beiden Grundforderungen des Weltethos, sein Kern sind die nach Menschlichkeit im Sinne von Humanität. In Abwandlung der Selbstzweck/Mittel Version des kategorischen Imperativs formuliert Künig: Immer soll "der Mensch Rechtssubjekt und Ziel sein, nie bloßes Mittel, nie Objekt der Kommerzialisierung und der Industrialisierung".

Die andere Grundforderung betrifft die Goldene Regel in der Formulierung "Was du willst, das man dir tut, das tue auch den anderen".

Diese beiden Postulate als unbedingte Normen für alle Lebensbereiche, Familien, Rassen, Nationen und Religionen bilden die Basis für vier "unverrückbare Weisungen":

1. die Verpflichtung auf eine Kultur der Gewaltlosigkeit und der Erfurcht vor allem Leben.
2. die Verpflichtung auf eine Kultur der Solidarität und eine gerechte Wirtschaftsordnung anstelle einer neoliberalen sozialdarwinistischen Globalisierung.
3. Eine Verpflichtung auf eine Kultur der Toleranz und ein Leben in

Wahrhaftigkeit der Übereinstimmung von Worten und Taten.

4. eine Verpflichtung auf eine Kultur der Gleichberechtigung und der Partnerschaft von Mann und Frau.

3.11 Zusammenfassung

Zum Schluß einige zusammenfassende und grundsätzliche Bemerkungen zu Küngs Weltethos-Konzeption.

Küngs moralisch orientierte Gesamtschau von Politik und Wirtschaft hat eine Reihe von Vorzügen, die sie über ein postmodernistisches Denken in kleinen Erzählungen bloßer Relativismen und positivistischer Gegenwartsverhaftung weit erhebt.

1. Küngs Vision bewegt auf der Linie der großen klassischen politischen Philosophie in der Tradition z.B. eines Platon, Aristoteles, Hegel, Karl Marx und Max Weber, in der Tradition eines Denkens in großen gesellschaftlichen und historischen Zusammenhängen, insbesondere der Theoriegeschichte.

2. Ein solches Denken bewegt sich nicht in Zynismen; es enthält das Moment der Kritik, das letztlich auf eine Kritik "realexistierender Verhältnisse" abzielt. Es kritisiert die politische Konzeption des sog. nationalen Interesses, seine sozialdarwinistischen Grundlagen; es kritisiert das moralisch abartige, den Völkerfrieden gefährdende Konzept einer Mechanik der Macht, das sich im ständigen Kampf um Machterhaltung, Machtvermehrung und des Machtprestiges über die Interessen anderer Nationen und der Völkergemeinschaft hinwegsetzt. Küngs Kritik verweist zugleich auf die "soziale Insensibilität" und die innenpolitischen Konsequenzen eines solchen, insbesondere durch USA betriebenen außenpolitischen Paradigmas. Die angerichteten brutalen Folgen sind: "weit verbreitete Armut, das Elend der Schwarzen, die Unruhen an den Universitäten, die Dekadenz der Innenstädte, die Zerstörung der Umwelt".

3. Küngs Vision einer neuen Weltordnung zielt ab auf ein Gegenmodell zum weithin herrschenden neoliberalen Wirtschaftssystem und zu einem durch die Globalisierung weithin entmachteten Politikverständnis; sie einige Bausteine für eine globale ökologische Marktwirtschaft, die auf humane und soziale Ziele politisch verpflichtet ist und in dieser Qualität als friedensfähig ausweist. Letzter Zweck und immer Ziel des politischen und ökonomischen Handelns muß der Mensch sein, der nie zum bloßen Mittel degradiert werden darf. In diesem Sinne sind Macht, Kapital und Arbeit jederzeit nur Mittel, niemals Selbstzweck monetärer und ökonomischer Akkumulation.

4. Über den gnoseologischen Status seiner Gesamtschau äußert sich

Küng treffend:

"Visionen sind geistige Höhenflüge zwischen Vergangenheit und Zukunft. Visionen sind mehr als Träume, denn sie sind mit Argumenten unterlegbar. Gleichwohl sind sie weniger als strategische Planungen, weil Visionen über den Zeithorizont der letzteren hinausgehen. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernend, sich aber zugleich auch von ihnen lösend, versucht der erfolgreiche Visionär, die Zukunft in seinen Gedanken ebenso kühn wie realitätsnah vorwegzunehmen."

Wenngleich Küng den Begriff zu vermeiden versucht, so scheint es uns dennoch gerechtfertigt, seine Gesamtschau mit dem Blochschen Ausdruck einer "konkreten Utopie" zu belegen. Dies impliziert ein nicht geringes Maß eines Moralismus in bestimmter Richtung. Küng ist nicht in dem Sinne eine Moralist, daß er die "Moral zum alleinigen Maßstab menschlichen Handelns macht". Küng ist kein Ignorant, der die "relative Eigenständigkeit unterschiedlicher Lebensbereiche wie Wirtschaft, Recht und Politik" in Abrede stellte. Daher neigt er nicht dazu, gesellschaftliche Determinanten und Normen wie Interessen, Macht, Moral und ökologisches Handeln zu verabsolutieren. Sein Moralismus manifestiert sich nicht durch einseitiges penetrantes Insistieren auf bestimmten moralischen Positionen, wodurch ein vernünftiger Dialog mit Menschen anderer politischer Überzeugung verunmöglicht würde.

Sein spezifischer Moralismus zeigt sich vielmehr in einer Unterordnung des Rechtes, der Menschenrechte unter ein von moralischen Pflichten, insbesondere der Liebe zum Menschen durchwirktes Ethos; sein Moralismus manifestiert sich vor allem aber in einer kontrafaktischen idealen Antizipation seines Postulates vom "Primat des Ethos" sowohl gegenüber der Ökonomie als auch gegenüber der Politik.